

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein, angesichts globaler Krisen, Kriege und Katastrophen. In einem friedlichen, freiheitlich demokratischen Europa leben zu dürfen ist ein Privileg. Und trotzdem gibt es auch in Europa zunehmend nationalistische antieuropäische Entwicklungen. Europäische Städtepartnerschaften sind Brückenbauer; sie haben in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Beitrag geleistet für das friedliche Zusammenleben in Europa, für Völkerverständigung, für Respekt und Toleranz; denn Austausch und Verständigung im Kleinen schafft Frieden im Großen. Sprache ist der Schlüssel für Verständigung; gerade jungen Menschen müssen wir durch Schüler- und Jugendaustauschprogramme wieder vermehrt ermöglichen, Sprachen zu lernen und anzuwenden, ihren Blickwinkel zu weiten, unterschiedliche Lebensweisen und Weltanschauungen zu verstehen und Vorurteile abzubauen. Aalen pflegt seit 1978 diverse Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften, wir haben einen aktiven Städtepartnerschaftsverein und die Stabstelle in der Stadtverwaltung für Städtepartnerschaften organisiert und koordiniert die grenzüberschreitenden Kontakte. Manch eine Partnerschaft ist nun in die Jahre bekommen oder etwas „ermüdet“; nun gilt es, den Geist und die Motivation europäischer Freundschaften an unsere jungen Menschen, an die nächsten Generationen weiterzugeben.

**Wir beantragen** deshalb einen Bericht, wie Schulklassen und Vereine bisher unterstützt wurden bei Besuchen in unseren Partnerstädten und wir beantragen eine Verbesserung der Förderung dieser Austauschprogramme. Wir möchten eine Intensivierung der europäischen Partnerschaften, auch wieder in den englischsprachigen und in den spanischsprachigen Raum. Unsere Schülerinnen und Schüler können an unseren Schulen Spanisch bis zum Abitur erlernen, aber es gibt bisher keine Partnerstadt in Spanien.

**Wir beantragen** deshalb die Prüfung einer möglichen Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Spanien.

Was wir in die Jugend investieren, ist gut investiertes Geld.

Beim Radsportverein Ebnat steht der Nachwuchs im Mittelpunkt.

Mehr als 1/3 der Mitglieder sind Schüler und Jugendliche.

Und die sind sehr erfolgreich im Kunstradsport, beim Mannschaftsfahren und beim Einradfahren.

Der Verein beabsichtigt auf städtischem Gelände, im zentralen Bereich von Schule und künftiger Kita eine vereinseigene Mehrzweckhalle mit großem Mehrwert für ganz Ebnat zu errichten. Hierzu ist ein Antrag auf Förderung aus dem ELR-Programm gestellt und seitens Stadt und Landkreis sehr hoch priorisiert. Die Planungen sind schon sehr weit fortgeschritten und nahezu baureif, deshalb

**beantragen wir**, die erforderlichen Mittel im Rahmen der städtischen Sportförderung im Haushalt 2024 vollständig einzustellen.

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit; der Wohnraummangel ist offensichtlich, und viele haben Sorge, dass Wohnen unbezahlbar wird. Und trotzdem wird zu wenig gebaut.

In den vergangenen Monaten haben sich die Rahmenbedingungen fürs Bauen deutlich verschlechtert. Höhere Zinsen und massive Preissteigerungen führen dazu, dass immer mehr private Bauherren, Wohnungsgesellschaften und Investoren ihre Projekte auf Eis legen.

Der Wegfall von Fördermitteln, zusätzliche Vorschriften und höhere Eigenkapitalanforderungen tragen zusätzlich zur Verunsicherung bei.

Die im November 2022 vom Gemeinderat erhöhte Quote zur Schaffung von gefördertem Wohnraum ist eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung für die Akteure im Wohnungsbau. Die Konsequenz ist, dass weniger gebaut wird, und dabei brauchen wir dringend neue Wohnungen.

**Wir fordern** einen Zwischenbericht im I. Quartal 2024, wie sich die geplanten Bauvorhaben mit insgesamt 1.560 Wohnungen entwickeln, welche Bauvorhaben zusätzlich zu erwarten sind und warum das eine oder andere Bauvorhaben nicht durchgeführt wird.

Viele Menschen, vor allem Familien, träumen weiterhin vom Eigenheim, aber die Menschen träumen jetzt kleiner; große Flächen sind kaum noch leistbar und ökologisch fragwürdig.

Die Nachfrage nach Reihenhäusern, Doppelhaushälften und Wohnungen oder Häusern mit kleineren Grundrissen steigt.

Die Bundesregierung will jetzt Familien stärker als bisher beim Bau eines eigenen klimafreundlichen Hauses unterstützen über das Programm „Wohneigentum für Familien“, welches deutlich verbessert wurde hinsichtlich einer Erhöhung der Einkommensgrenzen, der Kredithöchstbeträge sowie der Zinskonditionen.

Der Trend ist klar, deshalb **beantragen wir** die Planung eines familienfreundlichen Wohngebiets mit Häusern „für den kleineren Geldbeutel“.

Im Haushaltsplan sind für die Entwicklung des Baugebiets Sandfeld im Pelzwasen für die Jahre 2024 und 2025 Planungskosten in Höhe von insgesamt € 920.000 veranschlagt.

Dieses Gebiet ist geradezu ideal für ein familienfreundliches Wohngebiet; mit kleineren Grundstücken und kleineren Grundrissen, für den kleineren Geldbeutel, als perfekte Ergänzung zur vorhandenen Siedlungsstruktur im Zebert.

**Wir fordern**, die Planungen dahingehend zu entwickeln.

Selten unterlagen so viele Lebensbereiche so starken Veränderungen wie derzeit.

Ganz besonders spürt man diese Veränderungen im stationären Einzelhandel, in unserer Innenstadt: Der Trend zum Online-Handel, verändertes Einkaufsverhalten, viele Leerstände und verödete Einkaufsstraßen, nicht vermietete Wohnungen in Innenstadtlage.

Eine ausgeglichene Nutzungsmischung kann diese negative Entwicklung stoppen: Wohnen, Arbeiten, Handel, Gastronomie, Handwerk, Bildung, Begegnung, Kultur und natürlich coole Spielplätze in unserer Innenstadt, mit guter Erreichbarkeit und Parkmöglichkeiten, und vor allem zu vernünftigen, bezahlbaren Preisen und Mieten.

Doch oft ist eine Umnutzung der Gebäude und Flächen kompliziert und mit unverhältnismäßig hohen Stellplatzablösen verbunden, so dass manch Ladengeschäft dann doch einfach leer stehen bleibt.

**Wir beantragen** eine regelmäßige Berichterstattung über das Leerstandsmanagement in der Innenstadt und

**wir beantragen** eine Reduzierung der Stellplatzablöse von € 10.000 pro Stellplatz um mindestens 25 %.

Der erste Eindruck zählt,  
und das gilt auch für unsere Stadteinfahren.

Unsere Stadteinfahrt von Norden kommend, von der A7, ab dem Kreisverkehr bei der Wasseralfinger Brauerei, ist wenig einladend, eine gestalterisch problematische Bahnhofstrasse mit teilweise desolaten Gebäuden, wenig Grün und einem schlechten Straßenzustand.

**Wir beantragen** eine städtebauliche Konzeptstudie für diesen Bereich, um Ideen und Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen, wie diese wichtige, repräsentative Stadteinfahrt attraktiver gestaltet werden kann.

Sicherlich kennen sie diese Situation:

Sie werden von Bürgerinnen und Bürgern zu Themen angesprochen, die man der Presse entnehmen konnte, zu denen sie aber gar nicht viel sagen können, weil sie nicht Mitglied im zuständigen Aufsichtsrat sind.

Bsp. Erhöhung Parkgebühren, Erhöhung Mieten, Umbau Limesthermen,...

Umfangreiche Debatten im Gemeinderat zu Transparenz und Zuständigkeiten sind dann oft die Folge. Eine Beteiligungsrichtlinie ist die Grundlage für Einflussmöglichkeiten der Stadt auf ihre Beteiligungen, entsprechend dem politischen Willen des Gemeinderats. Und von einheitlichen, klaren Regelungen profitieren die Stadt, ihre Beteiligungen und alle Bürgerinnen und Bürger.

2021 wurde uns ein erster Entwurf präsentiert; seither haben wir nichts mehr davon gehört.

**Wir fordern** die abschließende Beratung und Fertigstellung der Richtlinie, wie übrigens bereits mehrfach von der GPA gefordert.

Seit 2017 gibt es in der Ebnater Hauptstraße eine ganz besondere Einrichtung, das Maja-Fischer-Hospiz.

Es bietet umfassende Betreuung und Zuwendung für schwerkranke, sterbende Menschen.

Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer leisten dort wertvolle Arbeit für die Menschen und für unsere Gesellschaft.

Die Statuten fordern jährlich 5 % der Aufwendungen durch Spenden, um den Betrieb sicherzustellen.

**Wir beantragen** die Unterstützung dieser wertvollen Arbeit in Form einer städtischen Spende in Höhe von € 5.000,00 an das Maja-Fischer-Hospiz.

In den vergangenen Jahren erfuhren unsere Anträge späte Bestätigung, wie z. B. der höhere Etat für städtischen Grunderwerb, den wir bereits 2021 beantragt hatten, der damals abgelehnt wurde, aber nun seitens der Stadtverwaltung glücklicherweise umgesetzt wird, oder die Modernisierung der Limesthermen, auf die wir ebenfalls 2021 gedrängt haben, oder die Spende an den Kocherladen, die ebenfalls umgesetzt wurde.

Wir bitten Sie um Unterstützung unserer Anträge, bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und freuen uns auf die Beratungen.

Aalen, 29.11.2023

Inge Birkhold

Zählgemeinschaft Birkhold/Traub